

Schließlich hat mich einer meiner Freunde im Parteivorstand auf einen Aufsatz von Eduard Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ aus dem Jahre 1912 hingewiesen. Da hat Eduard Bernstein sich mit einer vergleichbaren Frage auseinandergesetzt, und zwar im Sinne derer, die das jetzt kritisieren werden. Er hat gesagt: Glaubst nicht, daß die Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder – das war also noch

Friedrich Halstenberg und Herbert Wehner zum Thema „Morgenpost“

Friedrich Halstenberg:

Kein Mensch kann in Abrede stellen: Es muß, wie auch der Antrag 250 dies von uns fordert, alles Erdenkliche getan werden, und das ist auch geschehen, damit die „Morgenpost“ auf dem sonst monopolisierten Markt erhalten wird. Was wir aber dazu – und das will ich glaubhaft zu machen versuchen – nicht mehr können, ist, dies in eigener Produktion, in einem eigenen Unternehmen zu leisten. Ab Frühjahr 1980 steht die unwirtschaftlich gewordene Druckerei nicht mehr zur Verfügung. Das 1976 aus Liquiditätsgründen verkaufte Pressehaus muß geräumt werden. Eine neue Druckerei können wir nicht auslasten und daher nicht finanzieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Partei kann die Verluste der Hamburger Betriebe nicht mehr tragen. Durch Dauerverluste geschwächt, seit einem halben Jahrzehnt im Ungewissen lavierend, durch Dauersubventionen entmotiviert, können wir diese Betriebe aus eigener Kraft nicht mehr sanieren. Die schon lange überfällige Schließung konnte daher nicht vermieden werden.

An den sehr schwierigen Beratungen hat, wie es unsere Vereinbarungen vorsehen, Walter Hesselbach mit seinem sachverständigen, kritischen Rat teilgenommen. Nach langwierigen Verhandlungen ist die Schließung im Herbst vom Aufsichtsrat im Vermittlungsverfahren beschlossen worden.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Schließung der Betriebe hätte nur bei der sogenannten kommerziellen Lösung vermieden werden können. Das ist die Lösung, die uns mit dem Hamburger Marktbherrscher verbunden hätte. Das wäre sicherlich betriebswirtschaftlich richtig gewesen; politisch war

die alte Bebel'sche Partei kurz vor dem Ersten Weltkrieg – zu machen ist, ohne daß daraus mehr Bürokratie wird. Das glaube ich versprechen zu können, daß dies nicht der Fall sein wird. Wenn ich mich hier schon auf den Vater des Revisionismus beziehe bzw. man mich auf ihn verwiesen hat, dann bin ich in diesem Fall für eine kleine Revision, die die Gleichberechtigung ein Stück voranbringt.

aber kein Sinn darin. So konnte ich leider auch die Chance, die Arbeitsplätze zu sichern, was dabei möglich gewesen wäre, nicht wahrnehmen. Es gibt also dafür, daß wir einen betriebswirtschaftlich, betriebstechnisch vereinbarten Weg nicht gehen können, vor allem ein politisches Motiv. . . .

Herbert Wehner:

Der Teil des Berichts des Schatzmeisters, der das Unternehmen „Morgenpost“ betrifft, kann hier nicht in aller Breite erörtert werden. Ich wäre dankbar gewesen, wenn er in anderen Gremien in aller Deutlichkeit hätte erörtert werden können.

Die erste Sache für mich im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten ist jetzt, daß der Sozialplan für die Belegschaft gesichert sein muß. Das halte ich in der Person des Schatzmeisters für gewährleistet. Ich nehme an, daß dies nicht als Mahnung oder als etwas Ähnliches betrachtet wird, sondern als etwas, das aus den begrenzten Erörterungen hier zu dem schmerzhaften, heute morgen verkündeten Sachstandsbericht die „Morgenpost“ betreffend in die übrigen Blätter eingehen wird.

Die zweite Sache. Nach dem Scheitern von Verhandlungen mit anderen Unternehmen und Kapitalgebern frage ich nicht nur, sondern bringe ich auch in Erinnerung, daß ich das vor Monaten einmal in einem Gespräch unter vier Augen, und zwar belegt, vorgeschlagen habe, ob nicht mindestens der Versuch unternommen werden könnte, Anteile von z. B. je 5000 DM für die „Morgenpost“ aufzubringen. Oder erscheint es unmöglich, einen ersten Ansatz zu machen, zunächst mindestens 1000 Personen mit entsprechenden Möglichkeiten, auf Grund dessen, was sie verdienen oder als Einkommen haben, Geld dafür zu geben – so etwas gibt es ja –, dafür zu gewinnen, die damit einen Stock, der weiterentwickelt werden könnte, bilden? – Ich sagte: diesen Vorschlag habe ich vor Monaten einmal zu erwägen ge-

geben. Ich bitte, auch jetzt noch einmal darüber nachzudenken

Friedrich Halstenberg:

Die Schilderung der Chancen gestern morgen in meinem Vortrag ist richtig. Es hat sich aber auch in diesem Fall wieder etwas gezeigt, was ich euch vorführen muß. Jeder Verleger, alle diejenigen Leute, die für die Medienvielfalt kämpfen, hat sich zunächst mit mir in mir aussichtsreich dargestellten Verhandlungen eingesetzt, und am Ende ist mit einem geradezu regelmäßigen Ritual herausgekommen. Aber gegen Springer kann ich das nicht; also muß ich es mit Springer machen, Halstenberg, den nehmen wir dann herein. Die Verhandlungslage von gestern, nachdem ich hier geredet hatte, war, daß ich es auch in diesem Fall wieder mit Springer machen könnte.

Ich bitte nun aber, meine Lage zu begreifen. In diesem Fall hätte ich binnen kurzem abwägen müssen. Ob ich auf einen solchen Wege die Arbeitsplätze hätte retten können, hätte aber das preisgeben müssen, was jedem von uns wohl ein selbstverständliches Anliegen ist, nämlich daß es wenig Sinn hat, eine Zeitung im Interesse der Medienvielfalt gegen Springer zu retten und das mit ihm zu machen. Ich glaube, daß wir auch in dieser Lage bei der Entscheidung bleiben müssen und daß wir diese sich so darstellende Kooperation nicht wählen können.

Ich möchte noch einen Satz hinzufügen dürfen. Ich finde es außerordentlich schwer begreiflich, daß uns auch in den Blättern, deren Verleger uns erklärt haben, daß sie nicht gegen Springer antreten könnten, ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß wir dies mit unseren beschränkten Mitteln nicht können. Das ist schon eine schwer begreifliche innere Gegensätzlichkeit.

Ich ziehe in Beantwortung der soeben an mich gerichteten Frage aus all dem den mir jetzt allmählich

ganz sicher erscheinenden Schluß: Es geht – wenn überhaupt – nur mit unabhängigen Quellen.

Ich glaube, es wäre nicht zu verantworten, den aufrüttelnden Versuch, den uns Herbert Wehner angetragen hat, zu unterlassen.

Ich werde daher, wenn dies auch Eure Meinung ist, am Montag sofort eine Aktion starten, auch um herauszukriegen – auch heute unter uns –, inwieweit sich neben dem wörtlichen Engagement auf dem medienpolitischen Gebiet unser Muskelprotzen in Tatsachen umsetzen läßt. Um den Weg dafür offen zu lassen, werde ich die technischen Vorkehrungen für ein Weitermachen zu sichern suchen.

Herbert Wehner:

Genossinnen und Genossen, ich bitte um Entschuldigung; ich will nur einige Sätze sagen. Ich bedaure, daß dieses Thema noch einmal aufgebracht werden muß. Mir ist heute früh vom Bundesschatzmeister persönlich versichert worden, daß er meinem Vorschlag folgen werde, man sollte wenigstens mit Anteilscheinen, sage ich einmal unscharf, von je 5000 DM anfangen, und zwar so schnell wie möglich, so wie ich es vor einigen Monaten leider vergeblich in diese traurige Sache hineinzubringen versucht habe. Er hat mir gesagt, er werde von Montag an eine Aktion mit diesen Scheinen starten. Ich hatte damals und habe gestern gesagt – ich habe gerade das Protokoll von gestern zur Korrektur bekommen; ich habe nichts zu korrigieren –: Wenn es wenigstens schon 1000 davon gäbe, wäre das ein Stock, an dem sich anderes ansetzen würde. Das ist ein Versuch, eine Bemühung. Aber dies sind wir denen schuldig, die einmal etwas Besseres angefangen haben und durch andere Umstände gezwungen werden, heute für eine mißglückte Art, diesem Unternehmen zu helfen, gerade zustehen

Anzeige

Das Institut für Sozialrecht der Ruhr-Universität Bochum veranstaltet am Freitag, den 22. 2. 1980 in der Zeit von 9.15 Uhr bis 17.00 Uhr im Hörsaal-Zentrum-Ost (HZO) sein 13. Praktikerseminar zum Thema:

„Die Neuordnung der Hinterbliebenenregelung und die soziale Sicherung der Frau“.

Durch Referate von Wissenschaftlern und Praktikern soll versucht werden, die mit der Einrichtung des Versorgungsausgleichs verbundenen rechtlichen, wirtschaftlichen, soziologischen und familienpolitischen Probleme darzustellen.

Interessenten werden um Anmeldung und Anforderung des Tagungsprogramms beim Institut für Sozialrecht, Ruhr-Universität Bochum, Im Lottental 42, Postfach 102148, 4630 Bochum I gebeten.

Der Tagungsbeitrag beträgt 30,- DM (inkl. Mittagessen und Pausenkaffee).